

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Dienstleistung: Nachrichten Dresden
Bemerkungsnummer: 20541
Für die Nachdruckrechte: Nr. 20011
Schiffsliege und Hauptgeschäftsstelle:
Dresden - K. L., Marienstraße 35/42

Bezugspreis vom 15. bis 21. Januar 1930 bei täglich zweimaliger Bestellung frei Hand 1.70 M.

Druck u. Verlag: Stech & Reichert,
Dresden, Vollständig, 1068 Dresden
Rathaus nur mit deutl. Quellenangabe
(Dresden, Radebeul) auf Wohl. Unverlangte
Schriftpäckchen werden nicht aufbewahrt

Einigung über die Mobilisierung

Deutschland beteiligt sich an einer internationalen 1200-Millionen-Anleihe
Youngplan und Liquidationsvertrag
bleiben getrennt

Drahtbericht unseres nach dem Haag entsandten Sonderberichterstatters

Im Haag, 17. Jan. Im Laufe des heutigen Abends ist eine volle Einigung über die Mobilisierungs- und Anleihefrage erzielt worden.

Folgendes ist vereinbart:

Deutschland beteiligt sich an einer internationalen Anleihe in Höhe von 1200 Millionen Mark mit einem Drittel des Gesamtbetrages, d. h. also mit 400 Millionen. Der Betrag ist für Reichsbahn und Reichspost bestimmt. Die deutsche Regierung macht dieses Geschäft für Rechnung der Reichsbahn und Reichspost und rechnet dann später mit diesen beiden Instituten ab. Dafür verzichten wir uns,

bis 1. Oktober 1930 keinen langfristigen Auslandskredit mehr anzunehmen. Wenn die Internationale Bank aber zu diesem Zeitpunkt erklären sollte, daß der Markt für diese Mobilisierungsanleihe noch nicht reif sei, so verlängert sich die Frist bis 31. März 1931. Wir würden aber wieder volle Marktreife erhalten, wenn das gewählte Bauhaus, also etwa das Bankhaus Morgan, die große Anleihe auslegen will. Frankreich aber zahlt doch noch darauf verzichtet hat. Ebenso erhalten wir Marktreife, auch d. h. h. also für den Fall eines sehr schnellen Funktionierens. Nach nach den hier genannten Fristen soll im gegenwärtigen Einverständnis eine Kontingentierung der internationalen Kapitalmärkte erfolgen, um bei neuen Emissionen von Reparationsbonds gegenseitige Störungen zu vermeiden. Hinsichtlich der Anleihe ist nur vereinbart worden, daß der Bündnisdienst für diese Anleihe unsere anderen internationalen Verpflichtungen nicht beeinträchtigen darf.

Die Regelung über die Mobilisierungs- und Anleihefrage ist schließlich schneller zustande gekommen, als es heute abend selbst innerhalb der deutschen Delegation erwartet wurde. Damit scheint nun die letzte Klappe hier umgeschlagen zu sein.

Der "Accord" und die Liquidation

Seit einigen Tagen ist hinter den Kulissen darum gesprochen worden, ob die Liquidationsverträge ganz oder teilweise im Haager Schlusprotokoll aufgenommen werden sollen. Von englischer Seite ist dieser Anspruch besonders energisch erhoben worden. Gleichzeitig verlangten aber auch die Polen im Sinne der von ihnen bei Konferenzbeginn abgegebenen Erklärung, daß sie nicht schadhaft gestellt würden, daß also auch das deutsch-polnische Liquidationsabkommen dann einen Bestandteil des Vertragswerkes bilden müsse.

Von deutscher Seite ist dagegen immer die Forderung gestellt worden, hier eine deutliche äußere Trennung vorgennehmen

und die Liquidationsverträge außerhalb des eigentlichen Abkommen zu halten. Nachdem Dr. Curtius heute vormittag auch noch mit Italien nach beträchtlichen Schwierigkeiten einen derartigen Vertrag hier vorbereitet hatte, stellte er in der Konferenz der sechs Mächte, die mit der Prüfung des Schlusprotokolls beschäftigt waren, ausdrücklich einen dementsprechenden Antrag.

Dem wurde so weit Folge gegeben, daß die Liquidationsverträge im "Accord", wie das Schlusprotokoll

offiziell genannt werden soll, nur einzeln erwähnt werden, daß die Verträge selbst aber außerhalb bleiben.

Wie auf das bestimmteste erklärt wird, hat der Deutsche Reichstag demnach die Möglichkeit, geziert über den Haager "Accord" und über die einzelnen Liquidationsverträge abzustimmen, also auch über den Polen-

vertrag. Der "Accord" wird 18 Anhänge oder Annexen haben, von denen der Sanktionsvertrag einen bildet. Über diesen ganzen Block muß im Reichstag gemeinsam abgestimmt werden, so daß die Sanktionen nicht getrennt angenommen oder abgelehnt werden können.

Trotz der äußersten Abtrennung des Liquidationsvertrages besteht nach den Erklärungen der Delegation ein gewisser, im einzelnen schwer abschätzbarer politischer

Zusammenhang zwischen den beiden genannten Komplexen. Würde z. B. der Polenvertrag im Reichstag abgelehnt, so würde Polen vermutlich den Youngplan nicht ratifizieren. Ob das wieder Rückwirkungen etwa auf die Ratifizierung in Paris haben könnte, sei schwer zu beantworten. In ähnlicher Weise könnte die Ablehnung des deutsch-englischen oder des deutsch-neuseeländischen Liquidationsvertrages insb. die Ratifizierung des Hauptabkommen in London erschweren. An und für sich steht aber fest, daß die Ratifizierung durch die sechs Hauptmächte den "Accord" selbst und damit den Youngplan in Kraft setzt. Dabei hat Japan noch ausdrücklich gebeten, auf seine Ratifizierung wegen gewisser Umständlichkeit und der weiten Entfernung nicht zu warten, sondern sie als vollzogen zu betrachten. Demnach könnte die Inkraftsetzung des Planes und damit die Vorbereitung für die Räumung von den Polen ebenso wenig verhindert werden, wie etwa von Seiten der kleinen Entente, mit deren Weigerung hier zu unterschreiben oder später zu ratifizieren, man rechnet, worüber man sich jedoch ohne weiteres hinwegzusetzen gedenkt.

Eine Ablehnung des Polenvertrages im Reichstag und die Nichtratifizierung des Gesamtplanes durch Polen würde demnach voraussichtlich zu allerhand Einschüchterungsmanövern, aber schwerlich zu ernsten Schwierigkeiten durch Frankreich führen. Man weiß in Paris zu gut, was man an dem Youngplan und dem Haager Zuvertrag hat, um dieses Werk Polen zuliebe ernstlich in Frage zu stellen.

Erst Montag Schluß der Konferenz

Im Haag, 17. Jan. Die heutige Nachmittagssitzung der sechs einladenden Mächte ging um 8 Uhr holländischer Zeit bereits zu Ende. In ihr ergab sich, daß von den Juristen noch nicht alle revidierten Texte fertiggestellt werden konnten. Für einige von ihnen würde dies erst heute abend, für die übrigen morgen vormittag der Fall sein. Auch die Mobilisierungsfrage wurde heute nachmittag noch nicht weitergeführt. Die Besprechungen werden heute abend um 9 Uhr fortgesetzt werden.

Unter diesen Umständen ist die Ausdehnung der Haager Konferenz bis Montag nächster Woche beschlossen worden. Für Montag vormittag wurde eine Vollversammlung einberufen. Sie hat vorwiegend rein formellen und öffentlichen Charakter.

Die Kapitalnot von Reichsbahn und Reichspost

Berlin, 17. Jan. (Eigene Drahtmeldung.) Im Zusammenhang über die Anleihefrage ist der Bedarf der Reichsbahn und der Reichspost in den Vordergrund getreten, und es ist damit ein Problem berührt worden, das sowohl für die beiden Verkehrsinstitute als auch für den Kapitalmarkt von erheblicher Bedeutung ist. An den Verhandlungen nimmt neben dem Generaldirektor Dr. Pöhl Müller auch der Direktor der Finanz- und Rechtsabteilung der Reichsbahngesellschaft, Jahn, teil. Der Anleihedarf der Reichsbahn beträgt nunmehr im Jahre 300 Mill. M.

Zum letztenmal war es der Reichsbahn im Februar 1928 möglich, einen Betrag in Höhe von 200 Millionen gegen Begebung von Vorzugsaktien zu erhalten.

Trotz weiterer Bemühungen hat die Reichsbahn bisher kein Geld erhalten können. Seit dem genannten Zeitpunkt sind der Reichsbahn zwar verschiedentlich finanzielle Anleihen unterbreitet worden, die sich aber nicht realisieren ließen, da es sich nicht um langfristiges Geld handelte, und außerdem zu einem Risikosatz, der für die Reichsbahn nicht attraktiv war. Da die Reichsbahn in den beiden

letzten Jahren ihren Anleihedarf nicht hat decken können, wären bei einem

Normalbedarf von jährlich 800 Millionen Mark 600 Millionen zu übernehmen. Ob eine Anleihe in dicker Höhe freilich zustande kommt, erscheint mehr als zweifelhaft, da ja u. a. auch noch die Reichspost auf dem Anleihemarkt auftritt. Im Zusammenhang mit der Annahme des Youngplanes wird die finanzielle Lage der Reichsbahn vornehmlich noch einmal erörtert werden, da die Reichsbahngesellschaft ihre Tarif erhöhungsansprüche einstweilen nur zurückgestellt, aber nicht aufgegeben hat, und da sie weiter die Aussicht vertritt, daß eine Tarif erhöhung nur dann unterbleiben könnte, wenn das Reich der Reichsbahn einen Nachlaß auf die Beförderungssteuer gewährt.

Für die Reichspost besteht ein Anleihedarf von 224 Millionen Mark.

Im Jahre 1928 war eine Anleihe von 174 Millionen bewilligt worden, von denen eine Anleihe über 150 Millionen ausstand. Dazu kommt die im Jahre 1927 bewilligte Anleihe in Höhe von 150 Millionen, sowie eine Bewilligung aus dem Jahre 1928 in Höhe von 50 Millionen Mark.

Revolverhelden

In die Wohnung eines nationalsozialistischen Studenten in Berlin kommen drei Kerle. Sie behaupten, sie seien Freunde. Die Wirtin lädt sie ein. Revolverküsse tragen, der Getrocknete wälzt sich in seinem Blute, die "Freunde" verschwinden wieder und sind bis heute unauffindbar. Alle Jungen sprechen dafür, daß die Täter Kommunisten sind. Die Einzelpresse, unter besonderem Schutz der Sendboten des bolschewistischen Terrors stehen, glaubt, es handle sich um unpolitische Motive: Streit des Mieters mit der Mieterin, die zur Predigt desselben drei Morde begangen habe. Dieser Ansicht steht gegenüber, daß das Motiv zu düstig ist. Die Wirtin hätte ja, falls ihr der Mieter aus irgendeinem Grunde nicht mehr behagt, ihm einfach tödlichen können, um ihn los zu werden. Verübmöchte Mörder zu dingen, hat in diesem Falle doch wirklich wenig Glaubhaftigkeit für sich. Allerdings wäre es ein furchtbare Beweis dafür, welche Fortschritte die Verwildern der Sitten bei uns gemacht hat. Denn das eine ist richtig: unsere Zeit wird immer so ehwürdiger. Man verfolge nur den unpolitischen Nachteil der Tageszeitungen. In jeder Folge kann man eine Menge von Fällen finden, wo Menschen zu einer Mordwaffe greifen, um ihren lieben Nächsten um einen Kleinigkeit willen einfach "kalt zu machen", wie es so schön heißt. Inmitten der Humanitätsschwärmer unserer Tage, die sich meist in einer oft widerlich anmutenden Propaganda für die gemeinsten Verbrecher ausspielt, wird das Menschenleben immer wertloser. Heute führt jeder, der sich gerade zum Schießen geneigt fühlt, seinen eigenen Privatkrieg. Man hört und liest ja täglich, wie milde heutige Revolverhelden behandelt werden. Mildende Umstände, leichte Erreichbarkeit — wessen Nerven sind denn heute noch intakt? — Bewußtseinstrübung im Augenblick der Tat usw. usw. werden als Gründe zu Urteilen angeführt, die für ähnlich verantworte Subjekte jedes abschreckende Moment vermissen lassen. Giffig predigt die Linke, astiniger Zweck der Strafe sei, den Menschen zu bessern, und sie müsse deshalb so abgefaßt sein, daß dieser Zweck erreicht werde. Daß die Strafe in erster Linie einen Schutz für den anständigen, in der überwältigenden Mehrheit befindlichen Bevölkerungsstamm bedeuten soll und das deshalb in ihr durch das Ausmaß und eine nicht zu entbehrende Härte des Strafvollzugs eine starke Abschreckung für solche Menschen enthalten sein muß, die zu verbrecherischen Taten neigen, gilt bei den modernen "Ausländern" als finstere Barbarei. Für den gesunden Menschenverstand liegt aber immer noch wahre Menschlichkeit in dem Schuh des gesunden, normalen Menschen vor jenen, die ihren krankhaften, niederen Instinkten blind nachgeben. Es ist der Ausdruck einer falschen Humanität, wenn man in Gerichtsberichten immer wieder von auffallend niedrigen Strafen für gewohnheitsmäßige Verbrecher hört. Muß der Berichterstatter, wie so oft, diesem Urteil noch die Worte hinzufügen, der Angeklagte verließ "lächelnd" den Gerichtssaal, dann kann man sich erklären, wie gering die abschreckende Wirkung ist. Wird schließlich von besonders aufschlußreichen Unterlagen in der Berliner Asphaltresse bis zum Überdruck die geistreiche Behauptung aufgestellt und "bewiesen": „Nicht der Mörder, sondern der Gemordete ist schuld!“, dann freilich ist es kein Wunder mehr, daß durch solche schillernde Seelenblase einer verrückt gewordenen Pseudologik sich gewisse Jugendliche, die sich in einem nur mühselig geworbenen, labilen Gleichgewicht befinden, noch obendrein interessant vorkommen, wenn sie um eines geringen Anlasses willen den Freund, die Geliebte oder den weltanschaulichen Gegner niederknallen. Es ist für diese Zustände sehr bezeichnend, daß überhaupt die Behauptung aufgestellt werden konnte, die Mieterin, die mit ihrem Untermieter eine Differenz gehabt hat und nicht selbst schließen möchte, könne sich einfach einen Menschen beforgen, der das für sie erledige. Verübmöglich, gegen Honorar!

In diesem Zusammenhang aber ist es nötig, ein Wort zu der sich in der letzten Zeit in erschreckendem Maße häufenden Suche der politischen Mörde zu legen. Schon vor anderthalb Jahren mehren sich die Fälle, in denen die Sendlinge Moskaus ihre politischen Gegner einfach niederschossen. Wir haben uns schon damals mit diesen Zuständen unter der Überschrift „Mord geht durchs Land“ beschäftigen müssen. Dann wurde es zunächst wieder stiller. Aber es war augenscheinlich nur die Ruhe vor dem Sturm. Heute röhrt der politische Mord toller denn je durchs Land. Deutlich zeigt es sich, daß er organisiert ist. Man versucht die kommunistische Presse, wie sie die niedrigen Instinkte ihrer Leser, wo ihr trefft? ist die offen ausgegebene Parole, deren bedenkliche Früchte man jeden Tag aus der Zeitung sehen kann. Und all die sich in diesen Tagen häufenden Unruhen, bei denen gewissenlose Agitatoren mit der Art der Erwerbslosen Schindluder treiben, kosten nur dem Zweck dienen, die politische Atmosphäre bis zur Siedehitze zu sti-